



Guido Rötzer  
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 07.11.2016

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel
Sitzungsnummer	7/2016
Datum	Dienstag, den 01.11.2016
Sitzungsdauer	20:00 Uhr bis 22:23 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Vorsitz:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)

Anwesende:

Stadtverordneter Baier, Patrick (BBB)  
Stadtverordneter Beilner, Dietmar (BBB)  
Stadtverordneter Blum, Oliver (GRÜNE)  
Stadtverordnete Blum-Schwarzer, Nicole (CDU)  
Stadtverordnete Braun, Sylvia (FDP)  
Stadtverordneter Breitenbach, Frank (CDU)  
Stadtverordneter Broschowsky, Klaus Dieter (CDU)  
Stadtverordnete Bürgstein, Patricia (GRÜNE)  
Stadtverordneter Clauß, Christian (BBB)  
Stadtverordneter Emmrich, Rolf (CDU)  
Stadtverordnete Förster-Helm, Elke (GRÜNE)  
Stadtverordnete Grosse, Andrea (CDU)  
Stadtverordneter Heck, Andreas (CDU)  
Stadtverordneter Hirt, Oliver (CDU)  
Stadtverordneter Hormel, Harald (BBB)  
Stadtverordneter Kitzmann, Alexander (CDU)  
Stadtverordnete Klein, Gisela (BBB)  
Stadtverordnete Lauterbach, Katja (FDP)  
Stadtverordneter Ließmann, Peter (SPD)  
Stadtverordneter Linek, Klaus (GRÜNE)  
Stadtverordnete Neunemann-Güth, Nicole (SPD)  
Stadtverordneter Nohl, Frank (SPD)  
Stadtverordneter Ochs, Reiner (CDU)  
Stadtverordnete Pastor, Dana (SPD)  
Stadtverordnete Pauly, Monika (SPD)  
Stadtverordneter Protzmann, Tim (CDU)  
Stadtverordneter Rabold, Alexander (BBB)  
Stadtverordneter Rechholz, Joachim (BBB)  
Stadtverordneter Ringel, Uwe (GRÜNE)  
Stadtverordneter Schreier, Michael (SPD)  
Stadtverordnete Seewald, Carina (BBB)  
Stadtverordneter Sliwka, Thomas (CDU)  
Stadtverordneter Spachovsky, Ralf (CDU)  
Stadtverordnete Viehmann, Veronika (SPD)  
Stadtverordnete Weigl-Franz, Viola (CDU)  
Stadtverordneter Dr. Wingefeld, Volker (FDP)

### Magistrat:

Bürgermeister Maibach, Günter (CDU)  
Erste Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)  
Stadtrat Jessl, Edwin (GRÜNE)  
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)  
Stadtrat Legorjé, Hans-Joachim (BBB)  
Stadtrat Pastor, Josef (SPD)  
Stadtrat Roth, H. Michael (BBB)  
Stadtrat Schadeberg, Volker (CDU)  
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)  
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

### Schriftführer:

Schriftführer Dr. Wächtler, Achim

### Tagesordnung

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 06.09.2016
2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3. Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4. Berichte aus den Ausschüssen
5. Fragen zu aktuellen Themen
6. Antrag BBB-Fraktion: (DS-243/2016)  
Freies WLAN für Bruchköbel,  
Hier: Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung  
vom 24.02.2015
7. Antrag GRÜNEN-Fraktion: (DS-244/2016)  
Forsteinrichtungswerk - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
8. Stellenplan der Verwaltung für 2017 (DS-238/2016)
9. Ehrung gemäß der Ehrenordnung der Stadt Bruchköbel (DS-233/2016)
10. [zurückgezogen] Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre (DS-239/2016)  
2017 bis 2020
11. [zurückgezogen] Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2016 bis (DS-240/2016)  
2020
12. [zurückgezogen] Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2016 bis 2020 (DS-241/2016)
13. [zurückgezogen] Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 (DS-242/2016)
14. Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Kernstadt (DS-198/2016)  
Bebauungsplan „Stadtmitte“ –  
1. Änderung des Bebauungsplanes `Bruchköbel Ortskern´
15. Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Bebauungsplan „Peller II und III“ (DS-237/2016)  
Abwägung und Satzungsbeschluss

- 16. Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2015 der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel (DS-207/2016)
- 17. Vergabe der Jahresprüfung 2016 für die Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel (DS-208/2016)
- 18. Wirtschaftsplan 2017 der Sozialen Dienste (DS-209/2016)
- 19. Jahresabschluss 2014 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel (DS-187/2016)
- 20. Bestellung der Prüfer für den Jahresabschluss 2015 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel (DS-188/2016)
- 21. Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel (DS-189/2016)

Protokoll, öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 37 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung meldet sich der Bürgermeister: Laut einem Beschluss des Verwaltungsgerichts Frankfurt vom 31.10.2016 habe der Magistrat die Vorlagen DS-239/2016, DS-240/2016, DS-241/2016 und DS-242/2016 vorläufig zurückzuziehen, was er hiermit tue. Er trägt die wesentlichen Gründe der Entscheidung vor. Damit sind die TOPe 10 bis 13 nicht zu verhandeln.

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 06.09.2016
----	---

Die BBB- und die FDP-Fraktionen kommen auf die Feststellungen des Protokolls vom 06.09.2016, TOP 3 zum Vortrag des Bürgermeisters zum Haushaltsgenehmigungsschreiben zurück. Der Stadtverordnete Rabold schlägt vor, dies im Präsidium zu beleuchten, der Stadtverordnetenvorsteher schließt sich dem an und aus der Stadtverordnetenversammlung erhebt sich kein Widerspruch, es wird so verfahren. Weiter wird vorgeschlagen, die Niederschrift vom 06.09.2016 in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung endgültig zu verhandeln.

2.	Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
----	---

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass Nina Keim ihr Stadtverordnetenmandat niedergelegt habe. Er dankt ihr für die geleistete Arbeit. Er begrüßt mit dem ganzen Haus als Nachrückerin die Stadtverordnete Nicole Blum-Schwarzer.

Der Stadtverordnetenvorsteher gedenkt in einer Schweigeminute des verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten Wilhelm Böhm.

3.	Bericht des Magistrats über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
----	--

Der Bürgermeister hat keine Berichte.

4.	Berichte aus den Ausschüssen
----	------------------------------

Der Stadtverordnete Emmrich berichte als Ausschussvorsitzender von den Verhandlungen und Ergebnissen des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr am 27.09.2016.

5.	Fragen zu aktuellen Themen
----	----------------------------

Die CDU-Fraktion hat keine Anfragen.

Für die BBB-Fraktion fragt der Stadtverordnete Hormel:

„1. In der Genehmigungsverfügung des Landrats des Main-Kinzig-Kreis vom 19.8.2016 zum Haushalt der Stadt Bruchköbel 2016, die der Fraktion erst am 24.10.2016 zugeht, werden nur Kreditmittel für Investitionen und Investitionsfördermassnahmen bis zu einer Höhe von 3.925.274 Euro genehmigt gegenüber 6.072. 597 Euro, die im Haushalt für 2016 veranschlagt sind.

Für den eher näher liegenden Fall, dass der Landrat aufgrund des Widerspruchs des Bürgermeisters vom 13.09.2016 den Maximalbetrag der genehmigten Kreditmittel nicht höher setzt, fragen wir an, welche der geplanten Investitionen dann nicht mehr umgesetzt werden sollen.

2. Aufgrund des gegen den gesamten Genehmigungsbescheid vom 19.8.2016 gerichteten Widerspruchs des Bürgermeisters vom 13.09.2016 ist die Haushaltsgenehmigung für 2016 (noch) nicht rechtskräftig geworden.

Ist es zutreffend, dass sich die Stadt Bruchköbel daher im laufenden Haushaltsjahr noch immer in der vorläufigen Haushaltsführung befindet und wird dies von der Stadtverwaltung beachtet?“

Der Bürgermeister bekundet zur 1. Frage, dass vorher mit der Kommunalaufsicht abgestimmt war Summen aus dem Haushalt 2015 zurückzustellen, um zunächst das Flüchtlingscamp zu finanzieren. Im Jahre 2016 wird die Stadt Bruchköbel vereinbarungsgemäß diesen Kreditrahmen wieder der kreditfinanzierten Investition hinzufügen.

Weiter bekundet der Bürgermeister zur 2. Frage, dass die Produktverantwortlichen grundsätzlich auf das Verfahren der vorläufigen Haushaltsführung hingewiesen werden. Maßnahmen, die vor 2016 begonnen worden seien, können weiter durchgeführt werden. Ansonsten wird die vorläufige Haushaltsführung eingehalten, so dass keine entsprechenden Beträge ausgegeben werden können. Vereine, die uns ansprechen, wird das Schreiben ausgehändigt mit dem Hinweis, dass die Auszahlung erst erfolgen kann, wenn der Haushalt genehmigt ist.

Der Stadtverordnete Hormel kommt auf die Kürzung des Kreditrahmens für das Haushaltsjahr 2016 zurück, da die Antwort offensichtlich nur das Haushaltsjahr 2015 hinsichtlich der dort angemeldeten Mittel betroffen habe. Hier habe das aktuelle Genehmigungsschreiben klar formuliert, dass der Kreditrahmen erheblich reduziert werden müsse. Damit stehe der Kreditrahmen für 2016 auch nicht im angemeldeten Rahmen zur Verfügung, es fehlen Mittel in der Größenordnung von rund 30%. Dies müsse sich in bei nicht zu realisierenden Projekten niederschlagen. Der Bürgermeister müsse also sagen, was nicht umgesetzt werden könne. Das sei der Frageinhalt gewesen. Der Bürgermeister könne sich nicht auf Ausführungen zum Haushalt 2015 zurückziehen.

Der Bürgermeister bedauert etwaige Missverständnisse: Die Kreditaufnahme für 2015 sei nicht in 2015 erfolgt. Im Dezember 2015 sei das Flüchtlingscamp zu finanzieren gewesen, d.h. die EURO 1,5 Mio., die veranschlagt wurden, konnten nicht mehr auf 2015 gehen, weil dort die „Nettoneuverschuldung Null“ stand und daher weitere Beträge nicht hätten dazukommen dürfen. Die Kommunalaufsicht habe dies als unproblematisch angesehen: Diese EURO 1,5 Mio. können über das Volumen, das für 2016 zur Verfügung gestellt wird, abgewickelt werden. Der Betrag käme also hinzu und werde nicht die „Nettoneuverschuldung Null“ beeinflussen.“ Der Kreis sei sich über die zeitliche Dringlichkeit des Baus des Flüchtlingscamps sehr klar gewesen, daher die entsprechenden Zusagen des Kreises. Der Betrag soll auch ausgezahlt werden und natürlich auch für das Camp angerechnet werden. Das aber habe der Kreis bei der Haushaltsverfügung vom August in nicht nachvollziehbarer Weise gekürzt. Deswegen sei der Widerspruch eingelegt und am 20.10.2016 begründet worden. Ein Widerspruchsbescheid sei noch nicht ergangen. In der letzten Sitzung war zunächst eine Überprüfung angedacht, ein formeller Widerspruch stand aber noch nicht in Rede. Dieser sei dann fristwährend an den Kreis gerichtet und zwischenzeitlich begründet worden. Die zu erwartende neue Verfügung werde hoffentlich anders aussehen als die Ursprungsverfügung.

Für die SPD-Fraktion fragt der Stadtverordnete Ließmann:

„1. Flüchtlingscamp/Integration der Flüchtlinge

Es dürfte unbestritten sein, dass sich die Stadt Bruchköbel bei der Aufnahme und Betreuung der Flüchtlinge einen guten Ruf erworben hat. Ausschlaggebend hierfür ist das schnelle Handeln der

Verwaltung aber auch die große Hilfe vieler Freiwilliger Helfer. Bei einem Helfertreffen am 24.10.2016 wurden aber nun einige Wünsche vorgetragen, die wir hier weiterleiten wollen:

- a) Die Helfer vermissen eine offensive Vorgehensweise speziell was die öffentliche Wahrnehmung der Integrationsleistungen betrifft. Sie wünschen sich mehr Informationen und Berichte von Erfolgsgeschichten in allen relevanten Medien.
- b) Dies würde die im Allgemeinen positive Grundstimmung verstärken, was dann wiederum bei der Suche nach weiteren Helfern, Wohnraum und/oder Arbeitsplätzen/Praktikumsplätzen hilfreich wäre.
- c) Generell wären die Helfer dankbar, wenn die Verwaltung Kontakte z.B. zum Handwerker- und Gewerbeverein vermitteln könnte und diese bei den Formalien behilflich sein könnte.
- d) Bei einem kleinen Rundgang musste festgestellt werden, dass sich die Arbeitsplatzsituation der Security bis heute nicht verbessert hat. Immer noch steht lediglich ein Tisch und ein Stuhl zur Verfügung. Nicht viel besser ergeht es aber auch nicht dem seit September angestellten Campmanager, dem nach unserer Sicht eine Hütte zur Verfügung gestellt werden sollte. Hier stellt sich die Frage, was die Verwaltung wann unternimmt, um diese unhaltbare Situation kurzfristig aufzulösen.

## 2. Kommunales Investitionsprogramm

Die SPD-Fraktion möchte über den aktuellen Stand der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Maßnahmen informiert werden. Insbesondere, ob bzw. wann die Bundes- und Landesmittel abgerufen wurden, wann mit dem Eingang der Mittel und mit dem Beginn der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zu rechnen ist.“

Der Bürgermeister bekundet zu 1a, dass diesbezügliche Informationen auf der städtischen Homepage, auf der Homepage der Flüchtlingshilfe Bruchköbel und in den Zeitungen veröffentlicht werden. Zusätzlich machen der Fachbereich und die ehrenamtlichen Helfer und die Flüchtlinge selbst im Rahmen von innerstädtischen Veranstaltungen wie Ostermarkt, Hof- und Gassenfest, Stadt-Dinner, Mais- und Kürbisfest und Weihnachtsmarkt, mit Informationsständen und kulinarischem Angebot auf sich aufmerksam. Weiter müsse das Café Barrierefrei genannt werden, in dem für alle Bruchköbeler die Möglichkeit zur Begegnung mit Flüchtlingen besteht. In diesem Jahr sei das Opferfest gemeinsam mit Bruchköbeler Bürgern und Flüchtlingen gefeiert worden. Am 23. November finde ein Runder Tisch Asyl statt. „Workshops“ mit Flüchtlingen hätten begonnen. Über all das werde weiterhin zeitnah berichtet. Weiter hätten viele verschiedene Organisation die Möglichkeit zum gemeinsamen Handeln mit den Flüchtlingen in ihre Arbeit integriert. Es sei im Übrigen vorgesehen die Integrationsleistung aller Beteiligten entsprechend öffentlich zu würdigen.

Zu 1b) und 1c) bekundet er, dass dies im HGV und Marketingvorstand angesprochen worden sei. Die Wege zur Bildung, Ausbildung und Arbeit, die kürzlich im Camp mit dem Vertreter der IHK diskutiert wurden, werden in die nächste gemeinsame Sitzung beider Vorstände hineingetragen, um als Multiplikatoren zu wirken.

Zu 1d) berichtet er, dass an eine Gesamtlösung gedacht sei. Hierzu zählt, dass im Fachbereich tätige Mitarbeiter vor Ort ein Büro beziehen. Zurzeit fehlen noch die technischen Voraussetzungen, die aber auf den Weg gebracht sind. Er gehe von einer Realisierung noch in diesem Jahr aus.

Der Bürgermeister bekundet zur 2. Frage, dass das kommunale Investitionsprogramm kürzlich in der HFA-Sitzung endgültig beschlossen worden sei. Der diesbezügliche Aufgabenkatalog der WI-Bank werde derzeit abgearbeitet, eine Zusage sei noch in diesem Jahr zu erwarten. Die Zusage sei außerhalb der Haushaltsgenehmigung verortet, auf die Mittel kann sofort zugegriffen werden. Beim Hallenbad soll nach der Schließung für die Sommersaison mit den Umbauarbeiten begonnen werden.

Für die GRÜNE-Fraktion fragt der Stadtverordnete Ringel:

„1. In der Sitzung vom 3. Mai diesen Jahres haben wir den Umzug des Geschichtsvereins aus dem historischen Rathaus in das Museum im Spielhaus angefragt. Es wurde erklärt, dass in allen Fragen des Umzugs mit dem Geschichtsverein Übereinstimmung hergestellt wurde und der Umzug unmittelbar, spätestens im September, bevorstehe. Wir fragen den Magistrat: Ist der Umzug mittlerweile erfolgt?

2. Die Kirlbrücke wird mit einem neuen Radweg gebaut, der an den Radweg parallel zur B 45 angeschlossen werden soll. Dieser endet nach der Unterführung der A 66 in unbefestigten Fahrspuren auf Hanauer Gemarkung. Dieser Radweg wird intensiv von Schülern vor allem in der Sommerzeit genutzt. Desgleichen führt zum Freizeitgelände der Stadt Bruchköbel, dem Campingplatz Bärensee,

ebenfalls ein weitgehend unbefestigter Radweg über Bruchköbeler, Hanauer und Erlenseer Gemar-  
kung. Wir fragen den Magistrat: Wurden die unter dem Ersten Stadtrat Ringel begonnenen interkom-  
munalen Gespräche dazu zwischen den Kommunen Bruchköbel/Hanau/Erlensee zur interkommuna-  
len Radwegeplanung fortgeführt? Was ist der Planungsstand dazu heute?

3. Mit den neuen Baugebieten in Butterstadt wird auch die Infrastruktur in Butterstadt wachsen müs-  
sen. So auch der dann noch wichtigere Ausbau einer Radwegeverbindung von Butterstadt nach Nie-  
derissigheim. Seit 2009 ist diese Radwegetrasse planfestgestellt. Sie stand immer auf der Prioritäten-  
liste des Main-Kinzig-Kreises auf Platz 1 der zu fördernden Maßnahmen im Radwegebau. In 2019  
verliert die Planfeststellung ihre Wirkung. Wir fragen den Magistrat: Wann ist nunmehr kurzfristig mit  
dem Ausbau zu rechnen? Wer ist in der Verwaltung mit der Verfolgung unserer Interessen gegenüber  
dem Main Kinzig Kreis in der Frage beauftragt?

4. Ursprünglich waren in den Planungen zum Baugebiet Peller II und Peller III auch Planungen für ei-  
ne Friedhofserweiterung enthalten. Im Verfahren hat man dann erkannt, dass die unterschiedlichen  
Materien nicht gemeinsam, sondern getrennt erarbeitet werden müssen. Heute sind die Beschluss-  
fassungen zu Peller II und III auf der Tagesordnung. Vordinglicher Gegenstand in der Friedhofspla-  
nung sollte die Schaffung eines Ruheforstes bzw. Ruhewaldes sein. In Langeselbold steht der Ruhe-  
forst mittlerweile wegen „Überfüllung“ vor der Schließung, weil die Nachfrage so stark ist. Wir fragen  
den Magistrat: Wie weit sind die Planungen für den ersten Bruchköbeler Ruheforst. Wann ist mit einer  
Planungsvorlage zu rechnen. Ist es im Rahmen der oben angesprochenen Planung beabsichtigt, die  
Friedhofskommission kurzfristig einzuberufen.

5. Auf welche Summe belaufen sich mittlerweile die Kosten der Vorplanung der Innenstadtentwick-  
lung einschließlich der Rechts- und Beratungskosten sowie sonstige Kosten.“

Der Bürgermeister bekundet, dass Gespräche bezüglich Radwege in Richtung Hanau stattgefunden  
haben. Bereits 2013 sei von der Bauverwaltung ein Bericht vorgelegt worden, der die Problempunkte  
der Verbindungen aufzeige und Lösungsvorschläge unterbreite. Die Stadt Hanau habe sich in dieser  
Richtung bislang nicht bewegt, es werde aber nachgehakt. Mit der Stadt Erlensee sei man ständig im  
Gespräch. Die Anbindung zum Bärensee soll nach dem aktuellen Kenntnisstand über neu anzule-  
gende Radwege auf dem Fliegerhorstgelände erfolgen. Hierzu laufen Verhandlungen mit dem  
Zweckverband. Hier sind schon Entwürfe auf dem Weg gebracht worden.

Zu 3. bekundet er, dass bei aktueller telefonischer Nachfrage ein Ausbau des Radweges Niederissig-  
heim – Butterstadt nicht terminiert und damit derzeit nicht zu erwarten sei. Die Maßnahme wird be-  
reits seit mehreren Jahren auf der Prioritätenliste nach unten verschoben. Die Verwaltung spreche bei  
jeder Zusammenkunft mit dem Kreis auch diesen Punkt an, die Planungsleistung wurde von der Stadt  
jedenfalls erbracht.

Hinsichtlich der 4. Frage berichtet er, dass die Friedhofserweiterung – Ruhewald – von der Bauabtei-  
lung im weiten Rahmen der Abrundungsplanung für das Baugebiet Im Peller II und III auf dem Erwei-  
terungsgelände des neuen Friedhofes mit betreut worden. Sie werden jedoch nicht Gegenstand des  
Bebauungsplanes Im Peller II und III. Naturschutzliche Aspekte müssen im Rahmen eines entspre-  
chendes Gutachtens abgearbeitet werden. Die Fläche sei als Landschaftsschutzgebiet klassifiziert, in  
dem sich gesetzlich geschützte Biotope befinden. Erst nach einem solchen Gutachten könne eine  
weitere diesbezügliche Bebauungsplanung angegangen werden. Eine denkbare Alternative sei ein  
Ruhehain, der sich in Hanau größter Beliebtheit erfreue. Weitere Maßnahmen seien Überlegungen  
zur dringend benötigten Friedhofserweiterung in Oberissigheim und Roßdorf.

Hinsichtlich der Friedhofskommission bekundet er, dass diese konstituiert werde, sobald dies inhalt-  
lich notwendig sei.

Der Bürgermeister bekundet zur 5. Frage, dass sich die Kosten für die Beratung des Projekts Innen-  
stadtentwicklung 2015 – 2016 mit Stand November 2016 auf netto 216725,23€ belaufen.

Für die FDP-Fraktion fragt die Stadtverordnete Braun:

„1. In der letzten Sitzung berichtete der Bürgermeister zur Genehmigung des Haushalts 2016 durch  
die Kommunalaufsicht. Auf schriftliche Nachfrage durch die Stadtverordnete Lauterbach teilte die  
Kommunalaufsicht in einer Email wortwörtlich mit: "Im übrigen kann ich Ihnen bestätigen, dass die  
Verfügung noch nicht bestandskräftig ist...". Ist es also richtig, dass der Haushalt 2016 eben noch

nicht in Kraft getreten ist und die Ausführungen des Bürgermeisters dahingehend am 06.09.2016 nicht korrekt waren? Wann ist mit dem in dem Schreiben geforderten Beitrittsbeschluss zu rechnen?

2. Das Schreiben des MKK zum Haushalt 2016 ist insgesamt verheerend. Der Stadt wird eine Vielzahl von Auflagen gemacht u.a. ist das Thema Einzelkreditgenehmigung wieder präsent, der nicht plausible und in der Form mangelhafte Konsolidierungspfad wird bemängelt und auch andere vielfache Versäumnisse und Mängel werden - offenbar nicht zu ersten Mal - angemahnt. Die finanzielle Lage der Stadt ist auch weiterhin nicht gut, die Verschuldung ist weiter hoch, das Eigenkapital aufgebraucht. Wie stellt sich der Bürgermeister unter diesen Umständen die Finanzierung der Innenstadtentwicklung mit weiterer Erhaltung des angeblichen „Tafelsilbers“ vor? Dem Schreiben ist hier eine deutlicher Zweifel an den Plänen zu entnehmen. Gibt es eine schriftliche Aussage der Kommunalaufsicht hinsichtlich der Finanzierung des Stadthauses, wie vom Bürgermeister mehrfach mündlich in diesem Zusammenhang geäußert?

3. In einer Pressemitteilung des Bürgermeisters, die gemeinsam mit dem Landratskandidaten der SPD herausgegeben wurde, war zu lesen, dass die Verwaltung im Oktober 2017 an den Fliegerhorst umziehen wird und dass der Bau der Tiefgarage erfolgen wird. Wann wurde der Beschluss zum Bau der Tiefgarage gefasst? Gibt es bzgl. des von der Stadtverordnetenversammlung in Auftrag gegeben Gutachtens zum Bau einer Tiefgarage bereits Ergebnisse?“

Der Bürgermeister bekundet zu Frage 1, dass diese durch die Antwort auf die BBB-Anfrage mit beantwortet sei.

Hinsichtlich der 2. Frage bekundet er, dass es gab in der Vergangenheit Vorgespräche mit der Kommunalaufsicht um die sachliche und zeitliche Wichtigkeit und Erforderlichkeit des Innenstadtausbau gegeben habe. Von einer Absage seitens der Kommunalaufsicht kann keinesfalls die Rede sein. Die Kommunalaufsicht habe mitgeteilt, dass der Schuldendienst, gleich in welcher Höhe, im Haushalt und in zukünftigen Haushalten nachgewiesen wird. Die schwarze Null müsse stehen, sonst gebe keine Genehmigung.

Die Stadt Bruchköbel habe dazu auch das elektronische Haushaltssicherungskonzept benutzt, das nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht zur Zeit der Aufstellung noch keine neue Version hatte, daher hätten bestimmte Zahlen gefehlt.

Hinsichtlich der Konsolidierungsvorschläge gebe es für größere Einsparungen wie Neubau des Stadthauses gegenüber dem alten maroden Rathaus oder auch Bürgerhaus oder eine über den kommunalen Investitionsfonds finanzierten energetische Sanierung des Hallenbades noch keine konkreten Zahlen.

Die Investitionskosten für Neubau Stadthaus, Tiefgarage, Freiflächen waren seinerzeit mit 12,7 Mio. Euro angegeben gegenüber dem Sanierungsaufwand Rathaus, Bürgerhaus, Jugendzentrum, Seniorentreff und Parkhaus, die damals bei 10,1 Mio. Euro gelegen hat.

Zu 3. bekundet der Bürgermeister, dass die Pressemitteilung nicht vom Bürgermeister herausgegeben wurde. Die Stadtverordneten haben sich für die Beschlussvorlage für die Variante 1 entschieden, dort ist die Tiefgarage mit enthalten. Es werde sich herausstellen, ob überhaupt die Tiefgarage gebaut werden kann.

TOP 6.	DS-243/2016	Antrag BBB-Fraktion: Freies WLAN für Bruchköbel, Hier: Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 24.02.2015
--------	-------------	---

Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne des Antrags. Der Stadtverordnete Heck wendet sich gegen den Antrag und spricht gegen öffentliches WLAN im Allgemeinen. Ebenso wendet sich der Stadtverordnete Ließmann gegen den Antrag und gegen öffentliches WLAN: Ganz überwiegend verfügen interessierte Bürger heute über Datenverträge für das Smartphone. Der Stadtverordnete Rabold meint, dass es gerade nicht so sei, selbst interessierte Nutzer verfügen nicht zwangsläufig auch über einen eigenen Datenvertrag für das Smartphone. Der Stadtverordnete Ringel spricht im Sinne des Antrags und im Sinne eines freien und öffentlichen WLAN. Er wendet sich engagiert gegen die Auffassungen der Stadtverordneten Heck und Ließmann. Die Stadtverordnete Braun nimmt die geänderte gesetzliche Lage zur Kenntnis und spricht differenziert im Sinne eines öffentlichen WLAN.

Abstimmung: bei 16 Ja-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) und 21 Gegenstimmen (CDU, SPD) abgelehnt

TOP 7.	DS-244/2016	Antrag GRÜNEN-Fraktion: Forsteinrichtungswerk - Antrag Bündnis 90/Die Grünen:
--------	-------------	--

Der Stadtverordnete Ringel spricht im Sinne des Antrags. Die Stadtverordnete Viehmann spricht im Sinne eines einheitlichen und ganzheitlichen Konzepts, das in einem weit komplexeren Beschluss münden müsse. Sie wendet sich insofern gegen den Antrag. Sie stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr.

Abstimmung: einstimmig in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen

TOP 8.	DS-238/2016	Stellenplan der Verwaltung für 2017
--------	-------------	-------------------------------------

Der Stadtverordnete Heck stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: einstimmig in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen

TOP 9.	DS-233/2016	Ehrung gemäß der Ehrenordnung der Stadt Bruchköbel
--------	-------------	--

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Gemäß §§ 2 und 4 der Ehrenordnung der Stadt Bruchköbel werden folgende Personen im Rahmen einer besonderen Feierstunde geehrt.

Ehrung mit der Bronzemedaille:

Beilner, Dietmar	Förster-Helm, Elke	Hormel, Harald	Keim, Reiner
Lauterbach, Katja	Linek, Klaus	Roth, Michael	Schäfer, Jürgen
Schreier, Michael	Gemmecker, Helga	Vujanovic, Slobodanka	Pauly, Sebastian

Ehrung mit der Silbermedaille:

Dietenhöfer, Achim	Empter, Christine	Pastor, Dana	Schafranka, Andreas
Stöppler, Thomas	Graulich, Willi	Kosch, Walter	Möller, Mathias
Strauß, Jörg	Schadeberg, Volker		

Ehrung mit der Goldmedaille:

Broschowsky, Klaus Dieter	Cammerzell, Ingrid	Jessl, Edwin	Klein, Gisela
Kortenhoeven, Johannes	Rabold, Alexander	Rechholz, Joachim	Wenzel, Harald
Dorn, Peter	Herbig, Dieter	Moritz, Matthias	Lauterbach, Klaus

Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ratsherr“ an Herrn Thomas Demuth.

Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtrat“ an Herrn Manfred Lür.

TOP 14.	DS-198/2016	Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Kernstadt Bebauungsplan „Stadtmitte“ – 1. Änderung des Bebauungsplanes `Bruchköbel Ortskern´
---------	-------------	---

Der Stadtverordnete Rabold bringt folgenden Änderungsantrag ein und spricht in diesem Sinne:  
„1. im Vorentwurf des Bebauungsplans werden die vorgesehenen Flächen für das sogenannte Stadthaus und neu anzusiedelndes Gewerbe getauscht (die neu vorgesehene Wohnbebauung verbleibt im



südwestlichen Teil des Plangebiets). Im neu zu errichtenden Gewerbeteil im Bereich der jetzigen Rathauslage sind insbesondere Bauvorhaben für Gebäude und Räumlichkeiten für kleine Handelsgeschäfte, Gastronomie und Arztpraxen vorzusehen.

2. Der Raumbedarf für das sogenannte Stadthaus wird nur noch in dem Umfang vorgesehen, der zur Unterbringung eines Bürgerbüros, beziehungsweise städtischen Dienstleistungszentrums, in dem die Bürger sämtliche Verwaltungsangelegenheiten abwickeln können, erforderlich ist. Alle anderen Verwaltungsteile ohne Publikumsverkehr werden, in der Stadtmitte raumsparend und insgesamt kostensparend, andernorts untergebracht. Hierfür ist kurzfristig eine entsprechende Konzeption vorzulegen.

3. Es wird keine Tiefgarage geplant oder errichtet, wenn und soweit dies unter finanzieller Beteiligung oder in Trägerschaft der Stadt erfolgen soll. In Frage kommen allenfalls die Planung, Errichtung und der Betrieb einer Tiefgarage auf Kosten und auf Risiko von Privaten. Das Parken im öffentlichen Raum bleibt kostenlos.

4. Vor der Einleitung weiterer Planungsschritte ist zur Sicherstellung ein Gutachten einzuholen, dass zur Verwirklichung der vorgesehenen Gebäude keine Grundwasserabsenkung erforderlich ist. In dem oder den Bebauungsplänen ist verbindlich festzulegen, dass Grundwasserabsenkungen, auch nur vorübergehend, unzulässig sind.

5. Bis Januar 2017 ist ein detaillierter und exakt kalkulierter Finanzierungsplan für die von der Stadt aufzubringenden Finanzmittel (Planung und Umsetzung sowie gegebenenfalls Flächenerwerb) für das gesamte Projekt der Innenstadterneuerung vorzulegen, der beschreibt, für welche Leistungen beziehungsweise welche Investitionen welche Beträge aufzubringen sind, in wie weit sich diese refinanzieren und durch welche konkreten Einnahmen oder Einsparungen in welchem Zeitraum die aufzunehmenden Neuschulden abgetragen werden.

6. Bis Januar 2017 ist ein Konzept zur Förderung und Erhaltung des kleinteiligen Einzelhandels in der gesamten Innenstadt, nebst Prüfung der Auswirkungen der Innenstadterneuerung, sowohl hinsichtlich der Bauzeit wie auch der dann neu anzusiedelnden Nutzungen, auf diesen vorzulegen.

7. Bis Januar 2017 wird der einstimmige Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.06.2012, DS 156/2012, endlich umgesetzt, welcher lautet: „der Magistrat wird beauftragt, in enger Abstimmung mit den Fraktionen für die Sicherstellung der Nahversorgung der Bürger in den Stadtteilen Roßdorf, Niederissigheim, Oberissigheim, Butterstadt ein Konzept zu erstellen und einen Realisierungsplan, abgestimmt auf das Vorgehen in der Innenstadt, vorzulegen.““

Der Stadtverordnete Heck wendet sich leidenschaftlich gegen den BBB, der sich seiner Auffassung nach wieder und wieder als Bremsklotz herausstelle und jahrelange Planungen mit einem Änderungsantrag ad absurdum führen wolle. Weiter wendet er sich gegen die Einzelpunkte. Ebenso spricht der Stadtverordnete Ließmann in diesem Sinne und konkret gegen die einzelnen Punkte des Änderungsantrags. Der Stadtverordnete Rabold wendet sich gegen den Eindruck, dass der Änderungsantrag vom Himmel falle, vielmehr werde seit geraumer Zeit auf Probleme hingewiesen. Zudem sei der Änderungsantrag bereits deutlich vor dieser Sitzung den anderen Fraktionen übersandt worden. Insofern wendet er sich gegen die Einschätzungen der Stadtverordneten Heck und Ließmann, auch gehe es nur um wenige Einzelaspekte der bisherigen Planung, die überdacht werden sollten. Die Aspekte des BBB-Antrags seien bislang auch noch nicht in die Diskussionen eingeführt worden. Sinnvollerweise könne mit der Gesamtdiskussion sowieso erst nach Vorliegen der Gutachten fortgeschritten werden. Der Stadtverordnete Ringel spricht differenziert zu Einzelaspekten. Der Stadtverordnete Rabold regt eine Einzelabstimmung an, hiergegen regt sich kein Widerspruch, es soll so verfahren werden.

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 1: bei 8 Ja-Stimmen (BBB) und 29 Nein-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 2: bei 8 Ja-Stimmen (BBB) und 29 Nein-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 3: bei 8 Ja-Stimmen (BBB) und 29 Nein-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 4: bei 8 Ja-Stimmen (BBB) und 29 Nein-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 5: bei 16 Ja-Stimmen (BBB, GRÜNE, FDP) und 21 Nein-Stimmen (CDU, SPD) abgelehnt

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 6: bei 13 Ja-Stimmen (BBB, GRÜNE) und 24 Nein-Stimmen (CDU, SPD, FDP) abgelehnt

Abstimmung zum Änderungsantrag Ziffer 7: bei 8 Ja-Stimmen (BBB) und 29 Nein-Stimmen (CDU, SPD, GRÜNE, FDP) abgelehnt

Der Stadtverordnete Blum äußert Bedenken hinsichtlich der Vorgehensweise der Koalition, insbesondere dass die Stadtverordnetenversammlung nicht aktiv eingebunden war. Er kritisiert im Weiteren einzelne Aspekte der Vorlage, seine Fraktion stimme der Sache im Ganzen aber zu. Er bietet für seine Fraktion an, das Projekt weiterhin aktiv zu begleiten.

Abstimmung: bei 8 Nein-Stimmen (BBB) und Ja-Stimmen im Übrigen mehrheitlich beschlossen

Beschluss:

Beschluss über eine Veränderungssperre zum Bebauungsplan „Stadtmitte“ –

1. Änderung des Bebauungsplanes `Bruchköbel Ortskern` gemäß § 14 Baugesetzbuch (BauGB) und über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB zum Vorentwurf des Bebauungsplanes

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel beschließt die Änderung des Titels des Bebauungsplanes „Stadtmitte“ im Aufstellungsbeschluss vom 31.05.2016 in „Stadtmitte“ – 1. Änderung des Bebauungsplanes `Bruchköbel Ortskern`.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel nimmt den Vorentwurf des Bebauungsplanes „Stadtmitte“ – 1. Änderung des Bebauungsplanes `Bruchköbel Ortskern` zustimmend zur Kenntnis.
3. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel beschließt die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplanes „Stadtmitte“ – 1. Änderung des Bebauungsplanes `Bruchköbel Ortskern`.
4. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel beschließt die für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Stadtmitte“ – 1. Änderung des Bebauungsplanes `Bruchköbel Ortskern` gemäß § 16 Abs. 1 BauGB aufgeführte Satzung über eine Veränderungssperre nach § 14 BauGB.
5. Der Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie über die Veränderungssperre gemäß § 16 Abs. 2 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen.

TOP 15.	DS-237/2016	Bauleitplanung der Stadt Bruchköbel, Bebauungsplan „Peller II und III“ Abwägung und Satzungsbeschluss
------------	-------------	--

Der Stadtverordnete Ließmann stellt den Antrag auf Verweisung der Sache in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr.

Abstimmung: einstimmig in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Verkehr verwiesen

TOP 16.	DS-207/2016	Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2015 der Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel
------------	-------------	---

Abstimmung: bei 34 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen (FDP) einstimmig beschlossen

TOP 17.	DS-208/2016	Vergabe der Jahresprüfung 2016 für die Sozialen Dienste der Stadt Bruchköbel
------------	-------------	--

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Mit der Jahresprüfung des Jahres 2016 der Sozialen Dienste der Stadtverwaltung Bruchköbel wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RGT Treuhand, Revisionsgesellschaft mbH in Friedberg, beauftragt.

TOP 18.	DS-209/2016	Wirtschaftsplan 2017 der Sozialen Dienste
------------	-------------	---

Die Stadtverordnete Braun bekundet, dass sich die FDP-Fraktion enthalten werde, da sie nicht in der Kommission vertreten sei. Sie fragt nach der Kreditaufnahme i. H. v. EURO 300.000,-. Der Bürgermeister bekundet, dass es sich hierbei um die Neuerrichtung eines Gebäudes für den Eigenbetrieb Soziale Dienste gehe, wenn das Bürgerhaus und das vorliegende Gebäude abgerissen werde. Es könne notwendig sein, demnächst einen 2. Wirtschaftsplan vorzulegen.

Abstimmung: bei 34 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen (FDP) einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Betriebsleitung empfiehlt, den Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Soziale Dienste der Stadt Bruchköbel – siehe Anlage- in der vorliegenden Form und mit folgenden Kenngrößen zu beschließen:

1.Erfolgsplan 2017

	EUR
Erträge:	1.035.000
Aufwendungen:	- 961.300
Jahresergebnis:	73.700

2.Vermögensplan 2017

	EUR
Deckungsmittel des Vermögensplans	740.000
Ausgaben des Vermögensplans	740.000
(nachrichtlich: inkl. Investitionskosten i. H. v.	740.000

3.Stellenplan 2017

Der vorgelegte Stellenplan wird genehmigt.

4.Kredite

Für 2017 ist die Aufnahme von Krediten in Höhe von 300.000 Euro geplant.

TOP 19.	DS-187/2016	Jahresabschluss 2014 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel
---------	-------------	---

Abstimmung: bei 3 Enthaltungen (FDP) einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu empfehlen:

1. Der Jahresabschluss 2014 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel wird mit einem Verlust von 538.826,93 € festgestellt und angenommen.
2. Der festgestellte Verlust in Höhe von 538.826,93 € wird durch die bereits zugewiesenen Haushaltsmittel von 400.000,00 € nicht vollständig ausgeglichen.
3. Der Unterschiedsbetrag zum negativen Jahresergebnis 2014 beträgt 138.826,93 € und stellt ein Fehlbetrag dar, der von der Stadt Bruchköbel ausgeglichen werden muß.

TOP 20.	DS-188/2016	Bestellung der Prüfer für den Jahresabschluss 2015 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel
---------	-------------	---

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu empfehlen :

Mit der Prüfung des Jahresabschluss 2015 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel wird das Büro WRM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hanau beauftragt.

TOP 21.	DS-189/2016	Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2017 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel
------------	-------------	--

Abstimmung: bei 34 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen (FDP) einstimmig beschlossen

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu empfehlen :

- A.** im Erfolgsplan auf ein Jahresergebnis von minus 495.980 € (Verlust)
- B.** im Vermögensplan auf ein Gesamtbetrag  
des Finanzbedarf 63.000 €  
der Deckungsmittel 155.000 €
- C.** im Finanzplan 2016 bis 2020 auf die dort ausgewiesene Beträge festgesetzt.

Die Stellenübersicht 2017 (Teil B – C) ist Gegenstand des Wirtschaftsplan und wird von der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Wirtschaftsplanes beschlossen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 22:23 Uhr.

Guido Rötzer  
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Achim Wächtler  
Schriftführer